

Europäische Bürgerinitiative «Wasser ist ein Menschenrecht» zeigt Wirkung

## Das Wasser gehört allen

**Die Europäische Bürgerinitiative «Wasser ist ein Menschenrecht» kommt zur rechten Zeit. Das Sammelergebnis ist triumphal, fast 2 Millionen Unterschriften kamen zusammen. Das erlaubt ein Durchschnaufen – der Kampf geht aber weiter (siehe Interview rechte Seite).**

Von Annette Hug

Angenommen, die Gemeinden einer Bergregion haben sich in Sachen Trinkwasser und Abwasser zusammengeschlossen: Sie gründen eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft und delegieren ihr die Wasserversorgung für alle beteiligten Gemeinden. Ein vernünftiger Schritt. Würde die EU jedoch beschliessen – und die Schweiz den Entscheid nachvollziehen –, dass solche Aufträge an ausgelagerte Gesellschaften öffentlich und international ausgeschrieben werden müssen, dann wäre folgendes Szenario möglich: Die multinationale Firma Suez erkämpft sich auf gerichtlichem Weg das Recht, um den Auftrag zu konkurrieren und bei einem deutlich günstigeren Angebot den Zuschlag zu erhalten.

### Niederschmetterndes Fazit

Frankreich und England haben Erfahrung mit diesem System: England hat die Wasserversorgung 1989 privatisiert. 2012 zog das New Policy Institute im Auftrag der Gewerkschaft Unison ein Fazit: Die Eigentümer der Wasserwerke wechseln ständig, anfangs waren es eigentliche Wasserfirmen, dann kamen multinationale Konzerne, inzwischen sind Private-Equity-Konsortien in grossem Stil eingestiegen. Während die Inflation in dieser Zeit die Preise allgemein verdoppelte, verdreifachten sich die Wasserpreise. Die Unternehmensgewinne in der Branche liegen über allem, was sich in der Industrie verdienen lässt. Aber: Vor Investitionen in die Infrastruktur schrecken die Firmen zurück, da verkauft man lieber wieder.

Unablässig versuchen Multis und ihre neoliberalen Freunde, Wasser zur Handelsware zu machen. Der EGÖD kämpft mit vielen weiteren Organisationen gegen die Privatisierung – und hat bis jetzt verhindert, dass es einen EU-Binnenmarkt für Wasser gibt.

Während bereits etliche Gemeinden wie Paris und Grenoble ihre Wasserwerke wieder zurückkauften (Berlin überlegt sich den Schritt ebenfalls), gleiste die EU eine Richtlinie für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen auf. Neu sollten alle Aufträge, deren Auftragswert über die gesamte Laufzeit mindestens 5 Millionen Euro beträgt, öffentlich und international ausgeschrieben werden.

Das Paket wurde im Dezember 2011 veröffentlicht und nahm seinen Gang durch die europäischen Gremien. Während es im Europäischen Parlament beraten wurde, trat eine andere Neuerung in Kraft: Seit dem 1. April 2012 gibt es das Instrument der Eu-



ropäischen Bürgerinitiative. Mit einer Volksinitiative nach Schweizer Art ist sie nicht zu vergleichen: Die Bürgerinitiative erlaubt es, ein Thema auf die Agenda der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments zu setzen. Voraussetzung ist, dass 1 Million Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedsstaaten gesammelt werden.

### Ausschreibung verhindern

Um den drohenden Zwang, ausgelagerte kommunale Wasserwerke auszuschreiben, zu verhindern, lancierten die europäischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, zusammen mit Verbündeten aus Umwelt-, Armuts- und Entwicklungsorganisationen, mit Kommunen und mit Persönlichkeiten aus der Kultur die Bürgerinitiative «Wasser

ist ein Menschenrecht.» Kaum stand das Instrument bereit, begannen die Kolleginnen und Kollegen in der EU Unterschriften zu sammeln. Sie fordern eine staatlich garantierte Wasserversorgung, sanitäre Grundversorgung für alle und ein Ende der Liberalisierung von Wasserwerken.

### Die EU-Kommission reagiert

Im Frühling 2013 zeichnete sich ab, dass die Initiative ein Erfolg werden würde. Daran hatten einige gezweifelt: Das Sammeln von Unterschriften hat in Ländern ohne direkte Demokratie wenig Tradition. Ausserdem sind die formalen Hürden zum Teil sehr hoch: In Österreich muss man zum Beispiel seine Passnummer auf den Unterschriftenbogen schreiben. Wer hat schon immer seinen Pass dabei?

Am 10. September 2013 gab die Kampagnenleitung bekannt: 1 Million und 857 605 Unterschriften sind zusammengekommen, die Initiative steht. Ein wichtiges Ziel ist damit bereits erreicht: Am 26. Juni 2013 hat die EU-Kommission bekanntgegeben, dass Wasser aus der Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen gestrichen wird – zumindest vorläufig (siehe Interview). Es war im Rahmen der vorgängigen Beratungen im Europäischen Parlament deutlich geworden, dass die Bürgerinitiative ernstgenommen wird.

Diese erste Europäische Bürgerinitiative ist ein Erfolg: Sie hat wenigstens für den Moment eine Änderung der umstrittenen Richtlinie bewirkt. Und sie hat gezeigt, dass die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste zu einer koordinierten, europäischen Kampagne fähig sind. Das lässt für die Zukunft hoffen, denn es stehen weitere Themen an: Das Wasser ist zwar aus der Richtlinie verschwunden, aber die Richtlinie an sich steht und wird sich auf andere Gemeindedienste auswirken. Im Rahmen der globalen Verhandlungen zu einem Global Agreement on Trade in Services (GATS) wird ebenfalls über einen Zwang zur Ausschreibung – zum Beispiel von Bildungsaufträgen an Schulen und Hochschulen – verhandelt. Wenn wir lokal nicht plötzlich mit desaströsen rechtlichen Sachzwängen konfrontiert sein wollen, müssen wir diese Bestrebungen verfolgen und beim internationalen Widerstand mitmachen.

## «Wir sind die ersten, die das neue Instrument anwenden»



**Das vpod-Magazin sprach mit Jan Willem Goudriaan, stellvertretender Generalsekretär des EGÖD, auch über die Wasser-Initiative und ihre Folgen.**

*Ihr habt für die Europäische Bürgerinitiative «Wasser ist ein Menschenrecht» eine gewaltige Zahl von Unterschriften gesammelt. Ja, es sind 1 Million und 857 605 Unterschriften. Nötig wäre nur 1 Million gewesen. Nötig waren Quoren in 7 Ländern, wir haben das Kriterium sogar in 13 Ländern erfüllt.*

*Also übererfüllt. Aber was bedeutet das nun? So verbindlich wie eine Schweizer Volksinitiative ist das Instrument ja nicht...*

...aber wir sind die ersten, die es nutzen. Die Bürgerinitiative hebt eine Sache als Gegenstand auf die Agenda der Europäischen Kommission. Die hat dann 3 Monate Zeit, uns erstens anzuhören, zweitens das Europaparlament zu informieren und drittens deutlich zu machen, was sie mit unserer Bürgerinitiative anstellen will. Wir werden also voraussichtlich erst im März 2014 wissen, wie sich die Kommission zu unserer Initiative positioniert.

*Aber es ist ja trotzdem grad sofort etwas passiert. Das Wasser wurde doch vom zuständigen EU-Kommissar wieder aus der fraglichen Konzessionsrichtlinie entfernt.*

Man muss da etwas vorsichtig sein. Natürlich hat diese Bürgerinitiative Wirkung. Zum einen hat sie schon in vielen Ländern zu Diskussionen geführt und auch dazu, dass Politiker Farbe bekennen mussten, wie sie zur Privatisierung der Wasserversorgung stehen. Sie hat der Europäischen Kommission ein Bekenntnis abgenötigt: Das Wasser wird nicht privatisiert, sondern soll Allgemeingut sein. Es wird sich zeigen, wie viel das wert ist: Die Kommission hat die Wasserdienste tatsächlich aus dem Wirkungsbereich der Konzessionsrichtlinie entfernt – aber nicht definitiv.

*Sondern?*

Die Mitgliedsländer haben 5 Jahre Zeit, die Richtlinie in nationale Gesetzgebung umzuwandeln. Nach nochmals 3 Jahren soll dann erneut geprüft werden, ob Wasser nicht doch wieder unter die Richtlinie fällt. Die Gegenseite bleibt dran. Aquafed, der Dachverband der privaten Wasserversorger, hat bereits Stellung genommen gegen die Kommission (und gegen die

Bürger). Interessant ist: Die EU-Kommission behauptet regelmässig, die Konzessionsrichtlinie habe nichts mit Wasser zu tun. Aber die privaten Unternehmen der Wasserwirtschaft sehen das anders und rechnen vor, dass die Hälfte der betroffenen Konzessionen in Europa Wasserkonzessionen sind. Die Bürgerinnen und Bürger haben das also durchaus richtig erkannt. Bestimmte Kräfte in Europa werden seit 20 Jahren nicht müde, im Europaparlament und in der Kommission für eine Liberalisierung der Wasserversorgung zu lobbyieren. Schon Bolkenstein...

*...der durch die Bolkenstein-Richtlinie berühmt gewordene Kommissar für den Binnenmarkt...*

...wollte das Wasser für den Markt öffnen, und zwar auch unabhängig von der nach ihm benannten Richtlinie. Es ist ein Erfolg, ein Etappensieg mindestens, dass wir bisher beim Wasser die Öffnung verhindern konnten. Aber wir sehen, dass der Druck noch weiter zunimmt. Das war einer der Gründe für unsere Initiative: aufzuzeigen, dass ausser den Konzernen niemand das will!

*Wie geht es weiter?*

Diejenigen, die aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen den Binnenmarkt in Europa nach allen Richtungen hin ausdehnen wollen, werden nicht klein begeben. Trotzdem besteht gute Hoffnung, dass wir die Richtlinie dauerhaft anpassen und den Wasserbereich da herausbekommen können. Die Kommission und das Parlament können zwar – mit konservativer Mehrheit – anders entscheiden; sie können die Bürgerinitiative ignorieren.

*Das wäre allerdings kein gutes Signal für ein demokratischeres Europa.*

Politisch ist das in der Tat brisant. Denn wenn die Kommission diese allererste Bürgerinitiative einfach beiseite schiebt, dann ist das Instrument bereits tot. Direkte Demokratie nur zum Schein? Weil die Initiative so breit unterstützt wird, weil so viele Verbände, Bürger, Kommunen dabei sind, muss sich die Kommission sehr gut überlegen, wie sie handelt. Das ist auch der Grund, weshalb jetzt von Seiten der Privatwirtschaft aus allen Rohren auf uns geschossen wird. Sie wollen uns in Misskredit bringen, weil sie spüren, dass die Leute auf unserer Seite sind. (Interview: slt)